

## 7. Von Wirtschaftspolitik keine Ahnung – die vernachlässigte Makropolitik

Die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen haben nahezu

alles falsch gemacht: Sie haben missachtet, dass zur guten Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt noch eine gute Binnennachfrage hinzugehört, sie haben einem erkennbar schwachen Konsum eine saftige Mehrwertsteuererhöhung aufgebremst, sie deuteten einen schwachen Aufschwung in einen Boom um. Und legten zufrieden die Hände in den Schoß.

### Vorbemerkung:

Der Nobelpreisträger Robert Solow wurde im August 2004 von der „Wirtschaftswoche“ interviewt. Das Gespräch drehte sich auch um die Frage, warum es in Deutschland mit der so genannten Makropolitik, also der konjunkturellen Steuerung unserer Volkswirtschaft, nicht so richtig klappt. Robert Solow diagnostizierte:

*„Klar, Makropolitik beherrscht vermutlich niemand perfekt. Aber mir scheint offensichtlich: In Deutschland könnte man sie wesentlich besser machen“.*

Das gilt leider immer noch. Makroökonomische Fehler wurden reihenweise gemacht: Schon die Diagnose stimmte nicht. Der Aufschwung mit seinen maximal 2,5% realem Wachstum wurde weit überschätzt, die Gefahren eines sinkenden Dollar-Kurses und einer nachgebenden Weltkonjunktur wurden unterschätzt.

Makroökonomie wird von den Regierenden in Deutschland als Aufgabe immer noch nicht erkannt. Hier herrscht offensichtlich eine ideologisch geprägte und von einer gleichgerichteten Wissenschaft geförderte Denkblockade. Wirklich ein Trauerspiel, wenn man bedenkt, wie vieler Menschen Existenz und Zukunftssicherheit davon abhängt.

Umso erfreulicher ist es, das es zumindest Anzeichen für eine Öffnung der öffentlichen Debatte gibt. Die Gewerkschaften haben ne-

ben einigen Wissenschaftlern, die nicht zum Mainstream gehören, einen bemerkenswerten und anzuerkennenden Beitrag geleistet. Sie haben mit der Gründung des IMK, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, ein kleines und hoffentlich wachsendes Gegengewicht zur herrschenden Meinungsmacht der etablierten Institute, der Zentralbanken, der zuständigen Minister, der meisten Medien und des Sachverständigenrates geschaffen. Die Gewerkschaften beteiligen sich mit einer Reihe von Aktivitäten und vielen Publikationen am Aufbau eines Gegengewichtes zur herrschenden Meinung. Wir profitieren davon auch bei unserer redaktionellen Arbeit – von ver.di Wirtschaftspolitik, von den Böckler Impulsen, von der Arbeit der Otto Brenner Stiftung z.B. und vielen einzelnen Gewerkschaftern.

## **Anmerkungen zu den Daten des Statistischen Bundesamtes über die Wirtschaftsleistung im Jahre 2006**

12. Januar 2007 | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Wolfgang Lieb

Wir freuen uns wirklich darüber, dass die Konjunktur wieder etwas angezogen hat und das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,5 Prozent angestiegen ist. Muss man aber deshalb, wie der neue Präsident des Statistischen Bundesamtes, gleich von einem „kräftigen“ Wirtschaftswachstum [[PDF - 520 KB](#)] sprechen. „Kräftig“ gewachsen ist das BIP zwischen 1950 und 1960 mit durchschnittlich 8,2% oder in den 60er Jahren mit 4,4%, oder in den 70er Jahren mit teilweise knapp 5% oder gar noch während des Einigungsbooms Anfang der 90er Jahre mit über 5% ([Schaubild 2 \[PDF - 908 KB\]](#)). Davon kann man heute nur noch träumen. Ähnliche relativierende Warnungen vor allzu großer Euphorie sind auch bei anderen Daten angezeigt.

**Artikel-Adresse: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2004>**

## **„Arbeitszeitverlängerungen schaffen Arbeitsplätze“? Ein weiterer Mythos wird durch die Wirklichkeit zerstört**

16. Februar 2007 | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Wolfgang Lieb

Der „Aufschwung“, von dem jetzt überall die Rede ist, erreicht im verarbeitenden Gewerbe jedenfalls nicht den Arbeitsmarkt. Das Umsatzwachstum im Verarbeitenden Gewerbe von 6,5% im Jahre 2006 geht ausschließlich auf „die Knochen“ der Arbeitnehmer: 0,6% weniger Arbeitnehmer schaffen laut Statistischem Bundesamt nicht nur mehr Umsatz sondern leisten auch 0,1% mehr Arbeitsstunden. Dabei wurde doch in den letzten Jahren ständig die Legende verbreitet, dass durch die Arbeitszeitverlängerungen (ohne Lohnausgleich) Arbeitsplätze gesichert würden, ja das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft behauptete sogar, sie hätten sogar „beschäftigungsfördernde Wirkung“.

Im Jahresdurchschnitt 2006 waren 5,9 Millionen Personen in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sind dies 33.000 Personen oder 0,6% weniger als im Jahresdurchschnitt 2005. 2006 wurden 9.195 Millionen Arbeitsstunden geleistet; 0,1% mehr als im Vorjahr. Die Entgelte lagen mit 230,1 Milliarden Euro 1,8% höher als 2005. Gegenüber 2005 steigerte sich der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) um 6,5% auf 1.585,7 Milliarden Euro. Dabei nahmen der Inlandsumsatz um 4,1% auf 920,9 Milliarden Euro und der Auslandsumsatz um 10,1% auf 664,8 Milliarden Euro zu.

Die Statistik belegt ferner, dass der Inlandsumsatz erheblich bedeutender ist als der Auslandsumsatz und dass das Umsatzwachstum im Inland deutlich hinter dem Export hinterherhinkt. Auch hier erweist sich also, dass erstens die internationale Wettbewerbsfähigkeit durchaus gegeben ist und die Binnennachfrage schwächelt.

**Artikel-Adresse: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2120>**

## Dem Bundesfinanzminister wird schwindlig. Toll, aber ohne Grund.

14. März 2007 | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Albrecht Müller

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hat seine Prognose für das reale Wachstum des Jahres 2007 auf 2,8% erhöht. Peer Steinbrück dazu: „Das ist eine Prognose, die einen schon schwindlig werden lässt.“ (SZ vom 13.3.). Wenn es unserem Bundesfinanzminister bei 2,8% schon schwindlig wird, dann zeigt es nur, dass er von den ökonomischen Zusammenhängen wenig Ahnung hat und wie die gängige Propaganda die Stärke des Aufschwungs weit überschätzt und zugleich unterschätzt, was nötig wäre, um die Arbeitslosigkeit wirklich abzubauen.

Schauen wir uns zunächst die Vorhersage des IfW an:

	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt (BIP) real. Veränderung in Prozent zum Vorjahr	2,7	2,8	2,4
Arbeitslose	4,487	3,737	3,734

Quelle: IfW

Ein jährlicher Durchschnitt von 2,6% über drei Jahre reicht bei weitem nicht aus, um unsere Volkswirtschaft aus dem tiefen Tal herauszuholen, indem sie sich nach einer Stagnation von mindestens 14 Jahren und einem jährlichen Durchschnittswachstum von nur 1,2% befindet. Wir bräuchten mehrmals um die 4%, um wirklich Arbeitslosigkeit abbauen zu können.

Dass die Zahlen, die den Bundesfinanzminister schwindelig machen, nicht reichen, erkennt schon jeder Laie an dem minimalen Abbau der Zahl der Arbeitslosen. Prognostiziert sind auch für das Jahr 2008 noch fast 3,4 Millionen Arbeitslose. Und diese Zahl enthält nicht die Minijobs, die in andere Maßnahmen versteckten Arbeitslosen und die Resignierten. Vermutlich noch einmal 2 Millionen Menschen mindestens. ...

Ich kann an meiner Erkenntnis nicht vorbei, dass wir Personen an der Spitze haben, die von Makroökonomie keine Ahnung haben. Darauf haben wir in den NachDenkSeiten immer wieder hingewiesen.

...  
Wir wären froh, wir würden in dieser Diagnose von den handelnden Personen endlich einmal widerlegt werden. Aber weder Steinbrück noch Müntefering, weder Merkel noch Glos lassen Einsicht erkennen. Das ist bitter für unser Volk.

Im Kontext dieser Beobachtungen ist auch noch eine Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13.3. von Interesse. Da wird in der Überschrift behauptet: „Konsumausgaben der privaten Haushalte 2006 um 2,1% gestiegen.“ Das ist eine unabsichtliche oder sogar absichtliche Irreführung. Denn bei dem Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte um 2,1% handelt es sich um eine nominale Veränderungsrate. Preisbereinigt um die Inflationsrate (1,7%) betrug der Anstieg trotz vorgezogener Ausgaben aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung und des Wegfalls der Eigenheimzulage lediglich 0,4%.

**Artikel-Adresse: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2176>**

## Lohnerhöhungen: Ein heftiger Streit unter den ökonomischen Schulen

4. April 2007 | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Wolfgang Lieb

Die Tarifaussensetzungen werden von Stellungnahmen der Ökonomen und von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten begleitet. Die Streitfrage lautet: Ist der (mäßige) Aufschwung Folge der zurückliegenden Lohnzurückhaltung oder stärken Lohnerhöhungen nicht gerade umgekehrt durch eine Erhöhung der Binnennachfrage die Eigendynamik des Aufschwungs?

Die Vertreter der angebotsorientierten ökonomischen Schule, wie der Ifo-Chef und „Boulevard-Professor“ (FTD) Hans-Werner Sinn, das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) [PDF - 134 KB] oder das marktliberale Kieler Institut für Weltwirtschaft [PDF - 225 KB] plädieren massiv für weiterhin niedrige Löhne, um

die Arbeitslosigkeit zu senken und die wirtschaftliche Dynamik weiter anzustoßen. Im Gegensatz dazu argumentiert das eher gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) [PDF - 398 KB] für eine an der Produktivität und der Inflationsrate orientierte Lohnerhöhung zur Sicherung von Beschäftigung und Wachstum.

Interessant ist dabei die wissenschaftliche Kritik des IMK an den Berechnungen des IW, wonach die „maßvollen Lohnabschlüsse seit Mitte der neunziger Jahre rund 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen“ hätten.

**Artikel-Adresse:** <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2233>

## Im Frühjahrsgutachten spielen die Forschungsinstitute die alte Leier

19. April 2007 | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Wolfgang Lieb

Außer der Schätzzahl, wonach die deutsche Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr um 2,4 Prozent wachsen werde, bietet das Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute nicht viel Neues. Es spricht auch noch bei einem geringeren Wachstum als im zurückliegenden Jahr beschönigend von einem „kräftigen Aufschwung“. Ansonsten werden einmal mehr die Dogmen der angebotsorientierten Wirtschaftslehre heruntergebetet. Als da sind: Fortsetzung der Sparpolitik, weitere Senkung der Unternehmensteuer – 6,9 Milliarden Entlastung im Jahr 2008 seien zu wenig. Auch dem Vorschlag ihres Auftraggebers, Wirtschaftsminister Glos, zur Senkung der Einkommensteuer treten die Institute bei. Die übliche Mahnung zu moderaten Lohnabschlüssen darf natürlich nicht fehlen. Die Institute warnen deshalb vor einer „Nachschlagdebatte“ und sehen für Lohnerhöhungen allenfalls einen Spielraum von 2,5 bis 3 Prozent, am besten wären Einmalzahlungen. Auch einer weiteren Erhöhung der Leitzinsen wird das Wort geredet.

Ein Schlag in das Kontor der Großen Koalition ist allerdings der Hinweis, dass die Politik nur wenig zum Aufschwung beitrage, die Erholung sei konjunkturbedingt. Der Wirtschaftsminister nimmt, das

sogleich zum Anlass für einen Appell bei den „Reformanstrengungen“ nicht nachzulassen. Zur Ankurbelung der Konjunktur tragen allerdings die Vorschläge der Konjunkturforscher auch nicht bei. Wie sollten sie das auch?

**Artikel-Adresse:** <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2276>

## Neues Wirtschaftswunder – schön wär's

5. September 2007 | Rubrik: Veröffentlichungen der Herausgeber | Von Albrecht Müller

Zwar ist der Aufschwung angeblich überall spürbar, an den Konsumausgaben der Deutschen spürt man ihn jedoch nicht. Veröffentlichung von Albrecht Müller im Südkurier, 5. September 2007 [PDF - 1 MB].

**Artikel-Adresse:** <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2614>

### Neues Wirtschaftswunder – schön wär's

Zwar ist der **Aufschwung** angeblich überall, an den Konsumausgaben der Deutschen spürt man ihn jedoch nicht

**W**enn ich in der benachbarten Kleinstadt einkaufen gehe, begegne ich regelmäßig an den Schaufenstern Aufschriften wie „Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe“ oder „Neu zu vermieten“. Und wenn ich dann an den Supermärkten vor der Stadt vorbeikomme, finde ich auch dort vergleichsweise leere Parkplätze. In den Kneipen sieht es nicht viel besser aus. Diese meine persönliche Wahrnehmung, immerhin in einer Stadt des vergleichsweise goldenen Südwesten unserer Republik, wird dann regelmäßig konterkariert von den Meldungen aus Berlin: Aufschwung, Boom, Wirtschaftswunder – an der Spree tut man so, als sei das so. Dort wundert man sich, wenn dann wie am 31. August eine Meldung des Statistischen Bundesamtes auf den Tisch im Kanzleramt flattert, wonach der Einzelhandelsumsatz im Juli 2007 real um 1,5 Prozent niedriger gelegen habe als im Juli 2006.

Warum man sich wundert, erschließt sich mir als Ökonom nicht. Eher wäre es ein Wunder, wenn die Konsumausgaben florieren würden. Wenn die Masseneinkommen stagnieren, was sie insgesamt trotz einiger besserer Tarifabschlüsse tun, wenn dem Konsum drei Punkte Mehrwertsteuererhöhung aufgedrückt werden, wenn immer mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnisse, in Minijobs und damit in Unsicherheit landen und wenn dann noch aus allen Rohren Propaganda für die private Vorsorge fürs Alter gemacht, also zum Sparen aufgefordert wird, wie soll dann ein Zuwachs an Konsum möglich und wahrscheinlich sein. Woher soll das Geld kommen? Warum sollte es locker sitzen? Es ist wirklich kein Wunder, dass in jenen Einzelhandelsgeschäften, beim Handwerk und in Gaststätten, wo die breiten Schichten unseres Volkes einkaufen und verkehren, der Boom nicht richtig angekommen ist.

Wer sich da wundert, belegt, von Makroökonomie und der Notwendigkeit, eine aktive und zeitgerechte Steuerung der Konjunktur zu betreiben, keine Ahnung zu haben. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Solow sprach in einem Interview schon vor drei Jahren davon, Makroökonomie sei zwar schwierig zu verstehen, aber eines sei sicher, in Deutschland könne man sie wesentlich besser machen. Auf unsere Bundesregierung trifft das leider zu. Ihre Mitglieder sind offensichtlich makroökonomisch ungebildet und ihre Führer zur Wahrnehmung des tatsächlichen wirtschaftlichen Geschehens sind offensichtlich einseitig montiert: Sie orientieren sich an der Exportwirtschaft, an der Finanzindustrie und an den großen Medienkonzernen. Wenn es beim Export boomt, dann denken sie, das sei ein Boom. Wenn die Aktienkurse steigen, dann denken sie, die Wirtschaft floriere.

Die politisch handelnden Personen sehen offenbar ihre makroökonomische Verantwortung nicht mehr. So wird z. B. im Abschlusspapier zur Kabinettsklausur auf Schloss Mesberg vom 28. August mit dem Titel „Aufschwung – Teilhabe – Wohlstand“ trotz dieses Titels und trotz der aktuellen Brisanz dieses Themas die konjunkturpolitische Steuerung mit keiner Silbe erwähnt. Da ist viel von Strukturformen, von Arbeitsmarktpolitik und Technologieförderung, von Bildung und Familie, von Klimaschutz und Qualifizierung und auch vom Sparen fürs Alter die Rede – aber nicht von der Gefahr weiterer Zinserhöhungen und auch nicht von der Verantwortung des Fiskus für eine gute Konjunktur. Und dies mitten in einer problematischen Entwicklung mit Hypothekenkrise in den USA, dem Zusammenbruch deutscher Banken und erkennbaren Risiken für uns. Gerade meldete das

Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK, die Stimmung trübe sich ein – vermutlich wegen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten, wegen des starken Euro und wegen steigender Zinsen.

Wenn die Bundesregierung die konjunkturelle Steuerung nicht als großes Problem sieht, dann hat das zum einen mit der Vorherrschaft einer Ideologie zu tun, der sogenannten Angebotsökonomie. Zum anderen aber wohl auch damit, dass das auf einen florierenden Binnenmarkt angewiesene Gewerbe keine gute Lobby hat. Wie wirkungslos diese Lobby ist, konnte man exemplarisch an der Mehrwertsteuererhöhung um drei Punkte studieren. Diese war ja nicht nur konjunkturpolitisch höchst problematisch. Sie ist auch angebotsökonomisch betrachtet völlig verkehrt. Jede Mehrwertsteuererhöhung belastet nämlich die auf den Binnenmarkt orientierte Wirtschaft und entlastet die Exportwirtschaft. Diese bekommt die Mehrwertsteuerbelastung ja zurück-erstattet. Sie trägt so mit jeder weiteren Verschiebung der Steuerlast auf die Mehrwertsteuer immer weniger zu den öffentlichen Leistungen bei, die mit unseren Steuern finanziert werden. Aber auch die Exportwirtschaft nimmt öffentliche Leistungen in Anspruch. Bezahlt wird von den andern. Wir Ökonomen nennen das Fehlallokation. Die Lobby des Einzelhandels und des Handwerks hat selbst dies geschluckt. Erstaunlich.



**Albrecht Müller** war unter den Bundeskanzlern **Willy Brandt** und **Helmut Schmidt** Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes.

## Der so genannte Sachverständigenrat ist nur noch eine Maschinerie der Meinungsmache.

8. November | Rubrik: Wirtschaftspolitik, Konjunktur, etc. | Von Albrecht Müller

... Wie verlogen der Sachverständigenrat ... vorgeht, möchte ich Ihnen am Beispiel des ersten Satzes des Sachverständigenratsgutachtens, Erstes Kapitel, mit der gleich lautenden Überschrift „Das Erreichte nicht verspielen“ sichtbar machen. Dort heißt es:

*„Nach dem überraschend starken Aufschwung im Jahr 2006, der sich in einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von nahezu 3% niedergeschlagen hatte, präsentierte sich die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2007 weiterhin in guter Verfassung.“*

Bert Rürup spricht von Reformdividende. „Dividende“ signalisiert etwas Positives, die Kombination mit Reformen soll signalisieren, wem wir das Positive zu verdanken haben.

### Schauen wir uns ein paar Fakten an:

Ein starker Aufschwung? Den muss man mit der Lupe suchen; sowohl im Vergleich mit dem letzten kleinen Aufschwung von 1997 bis 2000 als auch im Vergleich mit anderen Ländern ist die gegenwärtige Performance ausgesprochen schwach.

#### Vier Jahre „Reformerfolg“ (Wachstumsrate in Prozent)

2004	2005	2006	2007
1,1	0,8	2,9	2,6

für 2008 prognostiziert: 1,9; für 2007 revidiert auf 2,5

#### zum Vergleich vier Jahre ohne Reformen\*:

1997	1998	1999	2000
1,4	2,0	2,0	2,9

\*Quelle: BMA, Statistisches Taschenbuch 2003

Selbst dieser kleine Aufschwung aus der Zeit vor den Schröder-Reformen, vor der Agenda 2010 und vor Hartz I bis IV war zwar auch schwach aber etwas ergiebiger als der jetzige.

Der jetzige ist auf keinen Fall ein „starker Aufschwung“ und er umfasst die binnenwirtschaftliche Entwicklung fast nicht. Das wird dann sichtbar und augenfällig, wenn wir mit anderen, ähnlichen Ländern vergleichen. Ich habe mir die Zahlen aus dem Sachverständigenratsgutachten herausgesucht:

#### Bruttoinlandsprodukt (Wachstumsrate in Prozent)

	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,1	0,8	2,9	2,6*
EU	2,4	1,8	3,0	2,9
Euro-Raum	2,0	1,5	2,8	2,6
Schweden	4,1	2,9	4,2	3,3
Luxemburg	4,9	5,0	6,1	5,4
Belgien	3,0	1,1	3,2	2,6
Finnland	3,7	2,9	5,0	4,2
Frankreich	2,5	1,7	2,0	1,9

\* inzwischen revidiert auf 2,5%

Selbst Frankreich war in diesen vier Jahren besser als wir. Die EU war im Durchschnitt besser, Luxemburg, Finnland und Schweden sowieso. Leben Finnland und Schweden nicht in einer globalisierten Welt? Auch Belgien nicht? Hat Schweden weniger Sozialstaat als wir? Und weniger Staat? Keinesfalls.

Die Zahlen für eine andere wirtschaftliche Größe, den privaten Verbrauch, deuten an, woran es bei uns mangelt: an innerer Dynamik. Hier ein Vergleich der Entwicklung des privaten Verbrauchs im gleichen Zeitraum für Deutschland und den Euro-Raum:

#### Privater Konsum (Veränderung in Prozent)

	2004	2005	2006	2007
Deutschland	0,2	-0,1	1,0	-0,1
Euro-Raum	1,6	1,5	1,8	1,5

Wenn Sie sich die Zahlen Deutschlands beim privaten Konsum anschauen und diese mit dem Euro-Raum zum Beispiel vergleichen und dann sich noch einmal zu Gemüte führen, was der Sachver-

ständigerrat in seinem ersten Satz von Kapitel 1 schreibt, dann erkennen sie, wie verbohrt diese Art von Wissenschaft ist. Sie behauptet, die deutsche Volkswirtschaft befinde sich in einer guten Verfassung. Das kann man vom privaten Verbrauch und damit verbunden z.B. von den Einzelhandelsumsätzen partout nicht sagen. Da können die Einzelhändler, die Handwerker und die auf den Binnenmarkt konzentrierten Industriebetriebe nur lachen. ... Sie gelten bei diesen Ökonomen offensichtlich nicht als Teil unserer Volkswirtschaft. Das Denken des Sachverständigenrates wird offenbar vom Wohlbefinden der Exportwirtschaft und der Finanzindustrie beherrscht. ...

**Artikel-Adresse:** <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2754>

## Blind für die makroökonomische Verantwortung und ihre Möglichkeiten

7. Dezember | Rubrik: Wirtschaftspolitik, Konjunktur, etc. | Von Albrecht Müller

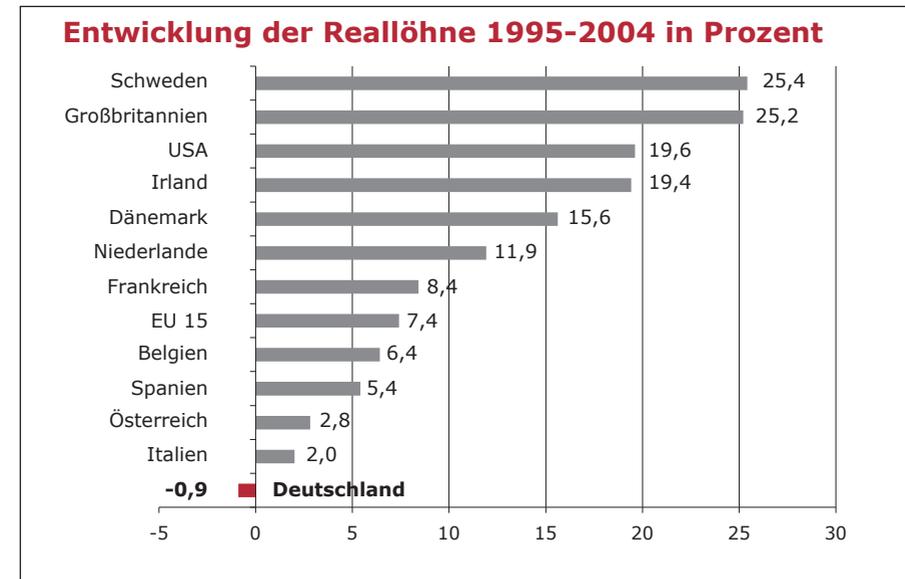
Auf einer meiner letzten Diskussionsveranstaltungen wurde seltsamerweise gerade von gewerkschaftlich Engagierten die These vertreten, dass die hohe Arbeitslosigkeit und der Niedergang wirtschaftlicher Tätigkeit quasi das Ergebnis eines Trends ist, konkret: die Folge hoher Produktivitätszuwächse und der gleichzeitig stattfindenden Globalisierung. Das Streben nach Vollbeschäftigung sei veraltet, quasi mit den siebziger Jahren beerdigt.

Die damit verbundene Missachtung der wirtschaftspolitischen Verantwortung der handelnden Personen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ist ein Gottesgeschenk für die neoliberalen Führungsschichten. Sie sind verantwortlich für den Absturz der Lohnquote und eine dekadenlange Stagnation der Reallöhne, sie sind verantwortlich für eine miserable Geldpolitik wie auch jetzt wieder ganz aktuell bei der Weigerung der EZB, die Zinsen zu senken. Diese Fehler sind kein unabweisbarer Trend.

**Schon der Blick auf eine völlig verschiedene Entwicklung der Reallöhne in verschiedenen Ländern in der letzten Dekade zeigt, wie falsch die Vorstellung von einem Trend ist.**

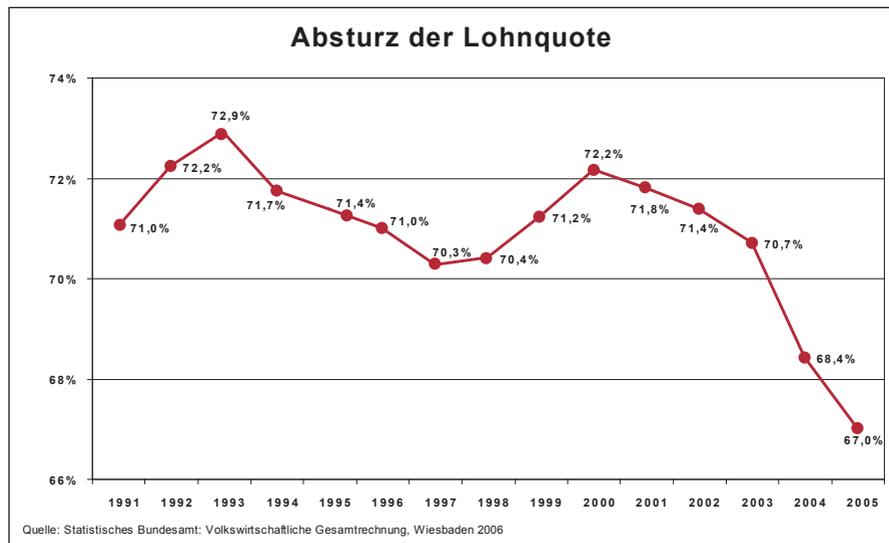
Wenn es ein Trend wäre, dann müssten ähnlich industrialisierte Länder wie Schweden, die USA, Großbritannien, die Niederlande, Dänemark und Frankreich doch ähnlich betroffen sein wie Deutschland. Die folgende Abbildung zeigt aber, dass die Reallöhne z. B. in Schweden zwischen 1995 und 2004 um 25,4% gestiegen sind, in Großbritannien um 25,2%, in den USA um 19,6%, in den Niederlanden um 11,9% und in Frankreich um 8,4%; bei uns sind sie um 0,9% gesunken.

Offensichtlich haben diese gravierenden Unterschiede etwas mit verschiedener Politik zu tun. Bei uns sind die Arbeitnehmer wie auch der auf den Binnenmarkt konzentrierte gewerbliche Mittelstand unter die Räder einer falschen Politik geraten und nicht unter die Räder eines Trends zu hoher Produktivitätsentwicklung und irgendwelcher Vorstellungen von einer naturwüchsig sinkenden Wachstumsrate. Hierzulande ist schon zu Zeiten der Bundesbank eine falsche Geldpolitik und zusätzlich eine falsche Fiskalpolitik gemacht worden. Die Binnennachfrage ist gänzlich vernachlässigt worden. Außerdem wurde mit fortwährender Propaganda und den so genannten Reformen Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten ausgeübt.



Die unterschiedlichen Entwicklungen zeigen: Das ist kein Trend. Das ist die Folge falscher Politik, die Folge fehlenden makroökonomischen Verstandes.

Wie sehr die Fähigkeit der Arbeitnehmerschaft, auch für sich wenigstens einen Teil der Zuwächse wirtschaftlichen Wohlstands in Anspruch zu nehmen, von der Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik abhängt, zeigt eine andere Abbildung, die Entwicklung der Lohnquote im Zeitablauf:



Es gibt eine klar erkennbare Parallelität zwischen guter konjunktureller Entwicklung und einer Erholung der Lohnquote, also des Anteils der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen:

Als zwischen 1989 und 1992 die Konjunktur florierte, stieg die Lohnquote auf den Wert von 72,9%. Als die Konjunktur im Jahr 1992 absichtlich abgebrochen wurde, unter anderem durch eine massive Diskonterhöhung durch die Deutsche Bundesbank, sank die Lohnquote auf 70,3% im Jahr 1997.

Der kleine Boom zwischen 1997 und dem Jahr 2000 brachte die Lohnquote wieder auf 72,2%. Und die dann beginnende Sparpoli-

tik des Sparkommissars Hans Eichel und die Reformpolitik mit der Förderung der Minijobs und des Niedriglohnsektors der Regierung Schröder brachte die Lohnquote auf den Tiefstwert von 67% im Jahr 2005.

Die Abbildungen stammen übrigens aus einem nützlichen Buch von Dorothee Beck und Hartmut Meine, „Armut im Überfluss“, erschienen im Oktober dieses Jahres. Hartmut Meine ist Bezirksleiter der IG-Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. ...

**Artikel-Adresse:** <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2820>

**Mehr zu diesem Thema finden Sie auf den NachDenkSeiten im Internet, z.B.:**

### Sachverständigenrat fordert „Maastricht“ für Deutschland

13. März | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Wolfgang Lieb

Die Wirtschaftsweisen fordern Neuregelungen der Verschuldungsgrenzen für den Bund und die Länder [PDF - 102 KB]. Ziel dieses Konzeptes ist es, die Elemente des Artikel 115 Grundgesetz und der analogen Vorschriften in den einzelnen Landesverfassungen – Nettoneuverschuldung allenfalls in Höhe der das öffentliche Vermögen erhöhenden Nettoinvestitionen und Verhinderung einer prozyklischen Haushaltspolitik – mit einer sanktionsbewehrten, an der Entwicklung der regulären Staatseinnahmen orientierten Ausgabenpolitik zu verbinden.

Es ist schon ziemlich dreist, wie die Mehrheit des Sachverständigenrats, die seit Jahren vor allem Unternehmensteuersenkungen empfohlen hat, nunmehr noch „einen drauf sattelt“ und eine Verschuldungsgrenze empfiehlt, um damit den fiskalischen Handlungsspielraum des Staates noch mehr zu beschränken. Das würde im Klartext bedeuten, per Grundgesetz eine aktive Konjunkturpolitik zu verbieten und Haushaltsdefizite ausschließlich über die Kürzung von Sozialstandards auszugleichen.

**Artikel-Adresse:** <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2173>

## **ILO-Studie: Warum sich Arbeitsmarktregulierung auszahlt: In Arbeitsmotivation, Arbeitskoordination und Produktivitätswachstum**

23. Oktober | Rubrik: Das kritische Tagebuch | Von Wolfgang Lieb

Neben den ständig wiederholten Behauptungen, wonach die Deregulierung des Arbeitsmarktes mehr Beschäftigung und den Abbau von Arbeitslosigkeit brächte, werden Studien, die das Gegenteil und die Vorteile von Regulierungen belegen, nicht zur Kenntnis genommen und in den Medien allenfalls am Rande erwähnt. So ergeht es offenbar auch einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation [PDF - 292 KB], einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

**Artikel-Adresse: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2715>**

**Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker sagten in ihrem Buch „Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“ (Sept. 2007) voraus, mit welchen Windungen der „Reformer“ wir jetzt zu rechnen haben:**

*„Reformen, Lohnmoderation und Zinswende sind der Stoff, aus dem das baldige Ende auch dieses Aufschwungs und das nächste Draufsatteln auf den Sockel an Arbeitslosigkeit gemacht sein werden.*

*Den Verfechtern anhaltender Reformbemühungen schwant wohl, dass die gegenwärtige Wende am Arbeitsmarkt auf wackeligem Fundament steht. Denn auch wenn sie sich gern zu ihrem Vater erklären, verstehen sie nicht wirklich, wie sie zu Stande gekommen ist. Sonst hätten die Prognosen diesen Aufschwung, der ja angeblich auf Reformen und Lohnpolitik beruht, frühzeitiger anzeigen müssen. Daher fürchten die Reformbefürworter zu Recht, bei der nächsten konjunkturellen Kehrtwende so hilflos dazustehen wie am Ende jedes früheren Aufschwungs. Und deshalb bauen sie schon jetzt vor und mahnen an, in den Reformbemühungen und der Lohnmoderation keinesfalls nachzulassen, um den Weg ins nächste unvermeidliche Konjunkturtal wenigstens gut gerüstet anzutreten. Wenn dann die Arbeitslosenzahl wieder im Steigen begriffen ist, können sie immer darauf verweisen, dass sie es ja prophezeit hätten, dass nicht genug reformiert worden sei und die Lohnpolitik den Kurs der Zurückhaltung verlassen habe.“*